

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

16. Juni 2021

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, den Änderungsentwurf zur obengenannten Verordnung zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir die neue Verordnung sehr begrüßen und dem vorgelegten Entwurf vorbehaltlos zustimmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Stephan Attiger
Landammann

Urs Meier
Staatsschreiber i.V.

Kopie
• ehra@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
ehra@bj.admin.ch

Appenzell, 10. Juni 2021

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren


Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt die Vorlage. Diese setzt den vom Parlament erlassenen indirekten Gegenvorschlag zur abgelehnten Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen - zum Schutz von Mensch und Umwelt» um. Um international möglichst gleiche Standards umzusetzen, orientiert sich die Vorlage an der entsprechenden EU-Verordnung. Die Harmonisierungsbestrebung in diesem Bereich wird begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Kantonskanzlei, 9100 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
per E-Mail: ehra@bj.admin.ch
[PDF- und Wordversion]

Thomas Frey
Ratschreiber-Stv.
Tel. +41 71 353 62 57
Fax. +41 71 353 68 64
thomas.frey@ar.ch

Herisau, 2. Juli 2021

Eidg. Vernehmlassung; Gesetzesbestimmungen für einen besseren Schutz von Mensch und Umwelt; Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTR) bis 14. Juli 2021 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst die Regelung über die Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht in den Bereichen Konfliktmineralien und Kinderarbeit. Die Festlegung der Anwendungsbereiche für die betroffenen Unternehmen erachtet er als richtig.

Da die Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht mit einem erheblichen administrativen und organisatorischen Aufwand verbunden ist, erachtet der Regierungsrat die Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) unter bestimmten Voraussetzungen als konsequent und unabdingbar. Die entsprechenden Grössenkriterien sind aus Sicht des Regierungsrates verhältnismässig.

Ebenfalls wird begrüsst, dass Unternehmen von der Berichterstattungspflicht entbunden werden, wenn sie dokumentieren können, dass die Länder, aus denen sie Produkte oder Dienstleistungen beziehen, geringe Risiken im Bereich Kinderarbeit aufweisen.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Thomas Frey, Ratschreiber-Stv.



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per E-Mail an:
ehra@bj.admin.ch

Ihr Zeichen: 23. Juni 2021
Unser Zeichen: 2021.WEU.382

RRB Nr.: 772/2021
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Er hat dazu folgende Rückmeldungen:

Wie der Bundesrat und die beiden nationalen Parlamentskammern, begrüsst der Regierungsrat des Kantons Bern im Vorfeld der Volksabstimmung zur Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen» (Konzernverantwortungsinitiative) einen indirekten Gegenvorschlag.

Das Bundesparlament hat den konkreten Geltungsbereich der Regelungen zum indirekten Gegenvorschlag im Wesentlichen an den Bundesrat delegiert. Dieser hat diesen Geltungsbereich nun so ausgestaltet, dass ein sehr grosser Kreis von Unternehmen von der Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht befreit wird.

Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt dies mit Bedauern zur Kenntnis. Einerseits wird damit die Wirkung des indirekten Gegenvorschlags verwässert. Andererseits wird ein Anliegen, dem national immerhin eine knappe Mehrheit von rund 51 Prozent der Stimmbevölkerung zugestimmt hat, nicht wirklich Rechnung getragen. Im Kanton Bern haben 54.6 Prozent der Stimmberechtigten der Initiative zugestimmt.

Letztlich darf nicht vergessen werden, dass die Vorlage bundesweit nur dank dem fehlenden Ständemehr an der Urne gescheitert ist. Wenn der indirekte Gegenvorschlag nun dermassen viele Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher enthält, ist zu befürchten, dass in absehbarer Zeit eine neue radikale

Vorlage zur Abstimmung kommen dürfte. Je nach aktueller öffentlicher Debatte, könnte eine solche dann durchaus auch erfolgreich sein.

Der Regierungsrat möchte betonen, dass grundsätzlich Ausnahmen von der Regel bei solchen Regelwerken eng auszugestalten sind.

Störend ist insbesondere, dass Unternehmen deutlich weniger exakt prüfen müssen, ob sie von der Sorgfaltspflicht befreit sind, als dies bei international geforderter Sorgfaltspflicht der Fall wäre. Die Unternehmen werden jedoch nicht nur weitgehend von der Sorgfaltspflicht entbunden, sondern auch von der Berichterstattungspflicht darüber, wieso ihre Befreiung gerechtfertigt sein soll.

Damit ermöglicht die Verordnung den Unternehmen sich nach eigenem Gutdünken der Sorgfaltspflicht und der öffentlichen Rechenschaft zu entziehen. Damit wird der indirekte Gegenvorschlag weitgehend wirkungslos.

Antrag

Der Regierungsrat beantragt deshalb eine Überarbeitung des indirekten Gegenvorschlags mit dem Ziel, dass dieser verbindlicher und damit auch wirkungsvoll wird. Nur so wird dem Anliegen einer knappen Bevölkerungsmehrheit Rechnung getragen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Beatrice Simon
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

– Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJDP

Per Mail an ehra@bj.admin.ch

Liestal, 22. Juni 2021

VGD/StaFö/TS

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr), Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) Stellung zu nehmen.

Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» wurde abgelehnt. Unter dem Vorbehalt des Referendums tritt nun der indirekte Gegenvorschlag in Kraft, welcher Delegationsnormen enthält. Der vorliegende Entwurf der VSoTr regelt im Rahmen dieser Delegationsnormen die Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht im Bereich Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit.

Wir geben Ihnen gerne folgende Rückmeldung dazu:

Definition Kinderarbeit

In der VSoTr wird das ILO-IOE Child Labour Guidance Tool for Business herangezogen (siehe VSoTr Art. 6 und 8). Es beschreibt Kinderarbeit als Tätigkeiten, die Kindern ihre Kindheit, ihr Potenzial und ihre Würde nimmt, die schädlich sind für ihre körperliche oder geistige Entwicklung und sie im Zugang zu ihrer rechtmässigen Schulbildung beeinträchtigt. Dies ist eine breitere Definition als diejenige der ILO-Konventionen 138 und 182, welche nur die schlimmsten Formen von Kinderarbeit verbietet. Wir empfehlen, die Definition von Kinderarbeit im erläuternden Bericht anzupassen (S. 9) und die breitere Definition vom ILO-IOE Child Labour Guidance Tool for Business zu übernehmen. Der erläuternde Bericht fokussiert bisher nur auf die ILO-Konventionen 138 und 182.

Sorgfaltspflichten / Sorgfaltsprüfung im Bereich der Kinderarbeit

Einhaltung der Sorgfaltspflichten (erläuternder Bericht, Kapitel 1.2.3): Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine externe, unabhängige Fachperson prüft, ob die Sorgfaltspflichten bezüglich Minera-

lien und Metallen eingehalten werden, für die Einhaltung der Sorgfaltspflichten im Bereich der Kinderarbeit aber keine externe Prüfung vorgeschrieben wird. Wir beantragen, dass auch im Bereich der Kinderarbeit eine externe Revision verbindlich vorgesehen ist.

Angemessene Massnahmen (erläuternder Bericht, Kapitel 2.5; VSoTr Art. 8 Lieferkettenpolitik im Bereich Kinderarbeit, Bst. d): Bei Hinweisen auf Kinderarbeit müssen angemessene Massnahmen, d. h. zumutbare Massnahmen getroffen werden. Was ist mit «zumutbaren Massnahmen» gemeint? Für wen zumutbar? Wir beantragen, dass die «zumutbaren Massnahmen» näher erläutert werden. Mit Bezug auf die KRK müssten Massnahmen ergriffen werden, die sich an den tatsächlich verursachten Kinderrechtsverletzungen orientieren und diese beseitigen.

Beschwerdemechanismus (VSoTr Art. 8 Abs. 1 e.): Analog zum erläuternden Bericht sollte in der Verordnung nicht von «Bedenken» gesprochen werden, die angebracht werden können. Aber es sollte ergänzt werden, dass ein «Beschwerdemechanismus» vorliegen muss, dessen Ausgestaltung im erläuternden Bericht beschrieben werden kann. Wir schlagen folgende Beschreibung vor: «Das Unternehmen sorgt für einen niederschweligen und nach den Vorgaben der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ausgestalteten Beschwerdemechanismus hinsichtlich Kinderarbeit in seiner Lieferkette und sorgt dafür, dass dieser bekannt ist.» (Vgl. www.skmr.ch/cms/upload/pdf/140522_leitprinzipien_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf, S. 38f).

Wiedergutmachung: Die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte schreiben vor, dass Unternehmen für von ihnen verursachte Menschenrechtsverletzungen eine Wiedergutmachung vorsehen müssen. Im «Nationalen Aktionsplan der Schweiz 2020-2023» weist der Bundesrat ebenfalls auf die Wichtigkeit dieses Aspekts der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte hin. Diese Verpflichtung zur Wiedergutmachung fehlt in der Verordnung. Wir beantragen, dass geprüft wird, wie das Prinzip der Wiedergutmachung in die VSoTr aufgenommen werden könnte.

Ausnahmen von den Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten im Bereich Kinderarbeit (VSoTr Art. 4 und 5)

Aus unserer Sicht dürfen KMUs, die in einem Hochrisikobereich für Kinderarbeit tätig sind, nicht von den Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten befreit werden, unabhängig von ihren Schwellenwerten gemäss VSoTr Art. 4a-c. Wir beantragen, dass ein Ausschluss alleine auf dem tatsächlichen Risiko beruht, ob Kinderarbeit in der Lieferkette vorhanden ist oder vorhanden sein könnte.

Sorgfaltspflichten (VSoTr Art. 7 und 8)

Wir beantragen, dass der Begriff Sorgfaltspflichten in VSoTr Art. 1 definiert wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie höflich, unsere Anliegen im weiteren Prozess zu berücksichtigen.

Hochachtungsvoll



Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per E-Mail: ehra@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Basel, 22. Juni 2021

Regierungsratsbeschluss vom 22. Juni 2021

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr)
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eingeladen, zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) Stellung zu nehmen.

Der basel-städtische Regierungsrat hat zum Verordnungsentwurf keine Änderungswünsche.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : ehra@bj.admin.ch

Fribourg, le 8 juin 2021

Ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants (ODiTr)

Madame la Conseillère fédérale,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier en date du 14 avril 2021 nous invitant à prendre position. La procédure de consultation relative au projet d'ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants a retenu toute notre attention.

Le Conseil d'Etat prend note de la proposition de mise en œuvre du contre-projet indirect à l'initiative populaire sur les entreprises responsables, qui introduit de nouveaux devoirs de diligence et de transparence pour certaines catégories d'entreprises. Il n'a pas de remarques particulières à formuler concernant cet objet.

Par rapport aux dispositions d'exécution et le champ d'application de l'ordonnance, le Conseil d'Etat salue les exceptions prévues pour les PME et les entreprises présentant de faibles risques dans les domaines concernés.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président

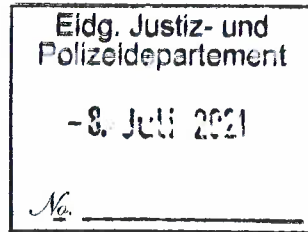


Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

Genève, le 7 juillet 2021



Le Conseil d'Etat

3408-2021

Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Madame Karin Keller Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : consultation relative à l'ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants (ODiTr)

Madame la Conseillère fédérale,

Votre courrier relatif à la consultation concernant l'ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants (ODiTr) nous est bien parvenu et son contenu a retenu notre meilleure attention.

En premier lieu, notre Conseil souhaite souligner qu'il est conscient que le maintien de conditions cadre concurrentielles est indispensable à la préservation de la compétitivité de la place économique suisse. Cependant son intégrité est également un enjeu essentiel pour conserver sa renommée, ainsi que son attractivité, et c'est la raison pour laquelle nous attachons une haute importance à l'application de standards élevés au niveau de la responsabilité sociale des entreprises.

Par ailleurs, nous relevons l'importance d'un alignement de la législation suisse avec les réglementations internationales en lien avec les principes de responsabilités sociales des entreprises, dans le but d'assurer une reconnaissance de conformité et d'éviter le risque d'exclusion des entreprises suisses en raison de dispositions légales inadaptées. Ainsi, nous saluons le fait que l'ordonnance se base sur des réglementations reconnues au niveau international.

Concernant le devoir de diligence relatif au domaine des minerais et métaux provenant de zones de conflit, nous relevons que la question des seuils est sensible, non seulement auprès de la société civile, mais également auprès des acteurs du commerce de minerais. Pour exemple, nous relevons que la Fédération européenne des métaux précieux, qui compte parmi ses membres des entreprises suisses, souhaite baisser le seuil du volume d'importation et de transformation de l'or jusqu'auquel les entreprises sont exemptées des devoirs de diligence et de l'obligation de faire un rapport pour des raisons de réputation.

Ainsi, nous estimons que la définition des seuils de volume d'importation et de transformation jusqu'auxquels les entreprises sont exemptées des devoirs de diligence et de l'obligation de faire rapport requiert un suivi particulier et doit être régulièrement adaptée en tenant compte des considérations des parties prenantes. Des seuils trop élevés exempteraient d'une analyse de diligence une large partie des minerais importés en Suisse issus des zones de conflit et mettraient à mal la réputation de la place économique suisse.

Par ailleurs, notre Conseil estime que le devoir de diligence et l'obligation de faire un rapport au sens de l'article 964^{quinquies} al. 1 du code des obligations (CO) doit tenir compte de manière adéquate de l'importation et de la transformation de métaux recyclés, plus particulièrement au niveau de l'or. En effet, la difficulté de la traçabilité de l'or recyclé pouvant contenir de l'or minier a été relevée et il y a un risque certain de contourner l'esprit de l'ordonnance en acheminant de l'or issu de zones de conflit par le biais de plateformes de transit.

Concernant le devoir de diligence relatif au domaine du travail des enfants, nous regrettons que ce dernier ne fasse pas l'objet d'une obligation de vérification par un organe indépendant à l'instar de celle dans le domaine des minerais et métaux.

Finalement, notre Conseil relève que les réglementations de référence, comme par exemple le règlement (UE) 2017/821 ou le guide de l'OCDE sur les minerais provenant de zones de conflit, sont susceptibles d'évoluer, ainsi que les dispositions légales relatives à la responsabilité sociale des entreprises dans les différentes places économiques, afin de tenir compte des attentes grandissantes de la société civile. Dans ce contexte, un renvoi statique aux réglementations internationales peut se révéler problématique, la version de l'année indiquée dans l'ODiTr s'appliquant. Une intégration dynamique serait nécessaire.

Si une telle possibilité n'est pas envisageable, il appartiendra au Conseil fédéral de mener une veille relative aux dispositions en vigueur et au niveau de la responsabilité sociale des entreprises. Ainsi, elle doit développer l'ordonnance en fonction de l'évolution de la réglementation internationale.

Comme demandé dans votre courrier du 14 avril 2021, Monsieur Daniel Loeffler, secrétaire général adjoint au département de l'économie et de l'emploi (daniel.loeffler@etat.ge.ch – 022/546 88 09), se tient à disposition pour tout complément d'informations sur ce qui précède.

Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Rignetti

Le président :



Serge Dal Busco



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Eidg. Amt für das Handelsregister

per E-Mail
ehra@bj.admin.ch

Luzern, 1. Juli 2021

Protokoll-Nr.: 853

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit - Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, sich zum Entwurf einer Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit vernehmen zu lassen. Die Verordnung enthält die Ausführungsbestimmungen zum indirekten Gegenvorschlag des Bundesparlaments zur Konzernverantwortungsinitiative.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir mit dem Verordnungsentwurf einverstanden sind und keine weiteren Bemerkungen dazu haben.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants (ODiTr) : ouverture de la procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous consulter dans le cadre de la procédure mentionnée sous objet.

Le respect des droits humains est aujourd'hui un des principes fondamentaux de nos régimes démocratiques. Dès lors, dans une économie mondialisée où le pouvoir économique est placé entre les mains de personnes morales de droit privé (les entreprises multinationales), il nous semble nécessaire de fixer des règles qui posent comme principe le respect des droits humains par celles-ci. Le peuple suisse a bien senti ces enjeux. Nous souhaitons donc que, dans le cadre bien restreint et limité de la mise en œuvre du contre-projet à l'initiative, tout soit fait pour protéger le plus efficacement possible les droits des personnes les plus faibles (des enfants) dans des régions les plus défavorisées (zones de conflit). Il s'agit d'éviter que les sociétés multinationales limitent ou excluent leur responsabilité en faisant valoir des normes lâches ou peu compréhensibles.

D'autre part, il faut aussi garder à l'esprit qu'une approche trop laxiste en la matière pourrait nuire à la réputation de nos entreprises qui attendent d'un système juridique qu'il leur permette de faire valoir leur bonne conduite dans des domaines aussi sensibles. Il s'agira donc de s'assurer, dans tous les cas, que les principes de l'ordonnance sont bien en phase avec les standards internationaux, afin que nos entreprises ne soient pas pénalisées par une opinion publique qui pourrait, sinon, considérer la Suisse comme un « paradis » pour ce type d'activités. Le dégât d'image serait alors catastrophique. Ainsi par exemple, il s'agira de s'assurer que la possibilité donnée à toute personne intéressée de faire part de ses préoccupations à l'entreprise concernée soit bien protégée par les règles en matière de travail des personnes les plus faibles dans les zones de conflit. En effet, ce droit nous semble bien léger au regard des intérêts à protéger et des forces en présence.

Vous trouverez en annexe un examen de détail de quelques dispositions du projet d'ordonnance ainsi qu'une prise de position de l'Institut d'ethnologie de l'Université de Neuchâtel, établie par la Professeure Ellen Hertz, qui a répondu à une sollicitation de notre part. Cet avis, qui propose un regard anthropologique sur cette matière, nous semble être très pertinent, aussi sur les effets secondaires que pourraient engendrer une législation trop laxiste sur la réputation de nos entreprises et indirectement de notre pays.

En vous remerciant encore de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 28 juin 2021

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



Annexes :
- examen de détail
- prise de position de l'Institut d'ethnologie de l'Université de Neuchâtel, par
Mme la Professeure Hellen Hertz

Examen de détail

Art. 1, lit. a : définition de « entreprises ».

- a) Il est illusoire de mettre les entreprises individuelles et les sociétés de personnes en tant que sujet à cette ordonnance, car elles ne réalisent jamais les valeurs seuil prévues par la loi et l'ordonnance. Il serait peut-être préférable d'utiliser le terme « entités » qui recouvre toutes ces notions.
- b) L'unique rattachement devrait être le siège social de la société, le domicile ne présentant aucun intérêt.

La notion « d'administration centrale », issue de l'article 964 quinquies CO (nouveau) n'est pas une notion de droit bien établie, pas plus que celle « d'établissement principal en Suisse et qui exploite une entreprise », notion qui est par ailleurs différente de celle prévue à l'article 964 quinquies CO. Actuellement et à notre connaissance, la notion d'établissement principal s'interprète en regard d'une société suisse qui a une ou des succursales en Suisse, et nous ne voyons pas ce que cette notion signifie dans le cadre du projet d'ordonnance.

Le plus simple, de notre point de vue, serait de viser toute personne morale ayant son siège statutaire en Suisse et aussi de définir leur importance en fonction du groupe dont elle fait éventuellement partie. Autrement dit, si une multinationale a une société fille en Suisse qui tombe sous le coup de la loi en raison de ses activités, le critère de l'importance économique devra être celui du groupe, et non pas uniquement la fille en tant que telle qui permettrait facilement d'échapper à la loi.

Texte proposé :

- a. *entreprises : toutes les entités ayant leur siège en Suisse œuvrant dans les domaines visés par la loi. Le caractère d'importance se définit en fonction du groupe dont l'entité fait partie.*

Art. 1, lit. e : définition de « zones de conflit à haut risque ».

- a) Afin d'éviter toute interprétation, il s'agira de rédiger l'article de façon à enlever tout doute sur le caractère cumulatif des conditions en lien avec la condition liée à « des violations courantes et systématiques du droit international, y compris les atteintes au droit de l'homme ».

Texte proposé :

*e. zones de conflit ou à haut risques. Les zones en situation de conflit armé ou les zones fragiles à l'issue d'un conflit, ainsi que les zones caractérisées par une gouvernance défailante, voire inexistante, telle qu'un état défailant, **ainsi que les zones où sont commises des violations courantes voire systématiques du droit international, y compris des atteintes aux droits de l'homme.***

Art. 14, al. 2 : « rapport consolidé »

La loi a prévu qu'une société fille en Suisse d'un groupe international ne doit pas établir de rapport lorsque la société mère à l'étranger établit elle-même un rapport équivalent. La notion imprécise de « rapport équivalent » devrait être précisée dans l'ordonnance. De notre point de

vue, le « rapport équivalent » devra respecter au moins l'ensemble des exigences du droit suisse et porter, de façon précise, sur les activités de la société en Suisse. Il devrait être rédigé dans une langue nationale suisse ou en anglais. Il s'agit évidemment d'éviter que les activités d'une société suisse ne soient noyées dans un rapport général du siège de la société mère. Un extrait pourrait naturellement être établi, ne portant que sur les activités de la société en Suisse.

Texte proposé :

- 2 *Une entreprise qui a son siège en Suisse n'est pas tenue d'établir son propre rapport :*
 - a. *si elle contrôlée par une personne morale qui a son siège à l'étranger et*
 - b. *que cette personne morale a établi un rapport équivalent, satisfaisant au moins aux exigences du droit suisse, et détaillant spécifiquement les activités de la société suisse.*
-



UNIVERSITÉ DE
NEUCHÂTEL

Institut d'ethnologie

Rue St-Nicolas 4
CH-2000 Neuchâtel

Neuchâtel, le 7 juin 2021

Service de l'économie (NECO)
République et canton de Neuchâtel
Ave. de la Gare 2
2000 Neuchâtel

Concerne : ODiTr – Procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Ellen Hertz
professeure
ellen.hertz@unine.ch
Tel. +41 (0)32 718 17 17

Par votre message du 6 mai 2021, vous m'avez fait l'honneur de m'associer à la procédure de consultation mise en place par le Département fédéral de justice et police à propos de l'« Ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants » (ODiTr). Pour formuler ma prise de position, je me suis adjoint les compétences d'Angela Lindt, anthropologue à l'Université de Berne dont la thèse de doctorat porte sur les moyens juridiques disponibles aux victimes en cas de violation des droits humains ou environnementaux au Pérou. Dans votre message, vous avez suggéré que nous proposions un regard anthropologique sur cette matière, laissant aux juristes le soin de commenter l'adéquation et la cohérence de ce projet d'ordonnance d'un point de vue du droit. Notre approche nous permet de formuler quelques hypothèses sur les logiques d'action et de réaction au sein des entreprises et entre les entreprises, les organisations de la société civile et les victimes.

Considérations préalables au sujet du contre-projet

Nous ne reviendrons pas ici sur les raisons qui nous conduisent à constater, avec la majorité des experts dans ce domaine, que le contre-projet adopté en réponse à l'Initiative sur les multinationales responsables ne fournit pas de solutions satisfaisantes aux problèmes de violations des droits humains et de destruction environnementale dans les chaînes d'approvisionnement transnationales. Il en est ainsi de manière générale, comme dans les secteurs économiques visés. Il suffit de remarquer que le contre-projet ne prévoit aucune norme de responsabilité, ni civile ni pénale, en cas de violation, et table uniquement sur des initiatives à caractère volontaire. Or, comme l'affirme la Commission sur le devoir de vigilance et la responsabilité des entreprises du Parlement européen dans une récente Résolution (Art. 1) : « les normes volontaires en matière de

FACULTÉ DES LETTRES ET
SCIENCES HUMAINES

Institut d'ethnologie

Secrétariat
Rue St-Nicolas 4
CH-2000 Neuchâtel
Tel : +41 (0)32 718 17 10
Fax : +41 (0)32 718 17 11
patricia.demilly@unine.ch

devoir de vigilance ont des limites et [...] n'ont pas permis de progrès importants en matière de protection des droits de l'homme, de prévention des dommages pour l'environnement et d'accès à la justice »¹.

Les « devoirs de diligence » que le contre-projet actuel prévoit sont des devoirs uniquement procéduraux (mise en place d'un système d'évaluation et de gestion des risques, *reporting*) avec, pour toute sanction, une possible amende de 100'000 CHF au plus. Ainsi, ce n'est pas la violation des droits de l'homme ou des normes environnementales qu'on sanctionne, mais simplement le refus de rendre compte de ces risques. Par ce contre-projet, le Parlement et le Conseil fédéral affichent leur décalage avec les normes européennes et internationales qui, selon les projections de tous les experts, sont appelées à devenir plus contraignantes dans les années à venir. Cette position risque de nuire à la réputation des entreprises suisses en matière d'éthique et de bonne gouvernance, et donc aux intérêts économiques et politiques de la Suisse à court et moyen termes.

Considérations préalables au sujet du projet d'ordonnance

Globalement, le projet d'ordonnance suit la ligne dessinée par le contre-projet. Non seulement il demande uniquement le rendu de rapports (évaluations de risques et plans de gestion, etc.), mais il fournit plusieurs voies aux entreprises, grandes comme petites, de se soustraire entièrement à cette obligation. Cinq de ses quinze articles (Articles 2 à 6) concernent des exceptions aux devoirs de diligence et à l'obligation de faire rapport. Par ailleurs, les seuils fixés pour enclencher un devoir de diligence sont élevés, aussi bien pour les volumes de minerais et métaux (Article 2) que pour les bilans, chiffres d'affaires et emplois à plein temps des entreprises qu'il classe comme des PME (Article 4).

Les règles qui touchent à la question de l'accès à la justice pour les victimes de violations des droits humains ou environnementaux sont particulièrement inadéquates. Elles ne respectent ni l'esprit ni la lettre des Principes directeurs de l'ONU relatifs aux entreprises et aux droits de l'Homme (ci-après « Principes directeurs ») pour lesquels, pourtant, le Conseil fédéral affiche un soutien formel². En effet, par ses articles 7 et 8, alinéa e, l'ordonnance se limite à obliger les entreprises à « veille[r] à permettre à toute personne intéressée de faire part de ses préoccupations ». Aucun spécialiste en matière de gouvernance des entreprises transnationales ne reconnaîtrait cette injonction vague comme une mise en œuvre du principe de « l'accès aux voies de recours », troisième pilier fondamental des Principes directeurs. A notre avis, avec ce projet d'ordonnance le Conseil fédéral ne tient pas sa promesse de fournir à la Suisse un « *smart mix* » de règlements contraignants et volontaires qui correspond aux standards en vigueur au niveau international.

Cela étant, par ses multiples renvois à ces mêmes directives, règlements et normes européens et internationaux, le projet d'ordonnance dans sa forme actuelle présente tout de même un aspect intéressant : il semble laisser une ouverture à une éventuelle co-évolution des normes suisses et européennes, et donc d'un renforcement des normes de diligence suisses à l'avenir. Nous laissons la question aux juristes spécialisé*es des rapports entre droits suisse et européen de savoir si une telle évolution s'imposerait dans le cas présent.

¹ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0073_FR.html (consulté le 6 juin 2021).

² https://www.seco.admin.ch/seco/fr/home/Arbeit/Internationale_Arbeitsfragen/Wirtschaft_und_Menschenrechte.html (consulté le 6 juin 2021).

Sur un autre point aussi, le projet d'ordonnance représente un pas en avant pour la réglementation étatique des secteurs économiques concernés. Dans ses articles 9 et 10, l'ordonnance oblige les entreprises à établir des listes des sites de production dans leurs chaînes d'approvisionnement. Ce faisant, l'ordonnance répond à une demande pressante des partie-prenantes de la société civile, qui insistent depuis des décennies pour que ces informations soient mises à la disposition du public en vue d'une meilleure évaluation de l'éthique des entreprises. En se calquant sur les règlements existants sur le plan international (de l'OCDE et de l'OIT), l'ordonnance fournit une base solide pour l'établissement d'un vrai système de traçabilité en matière de respect des droits humains et de protection de l'environnement dans ces secteurs économiques.

Considérations issues des travaux en sciences sociales

Comment une telle ordonnance va-t-elle être reçue, aussi bien du côté des « agents de conformité » (les professionnel*les chargé*es de contrôler son application au sein des entreprises) que du côté des ONGs et associations de victimes militant dans ce domaine ? Amènera-t-elle de la clarté et par conséquent une sécurité du droit et une rationalisation des procédures pour ceux et celles censé*es l'appliquer ? Va-t-elle satisfaire (ou faire taire ?) les ONGs qui défendent les droits des victimes et donc diminuer les risques réputationnels pour les entreprises suisses ? En nous basant sur des recherches actuelles en sciences sociales, nous proposons quelques réponses à ces questions.

Plusieurs enseignements qui ressortent de l'analyse des programmes volontaires en matière de responsabilité sociale et environnementale (ou « RSE ») sont directement applicables au cadre contraignant proposé par le contre-projet et l'ordonnance ODiTr.

1. Du point de vue des entreprises qui tentent de faire respecter les normes RSE dans leurs chaînes d'approvisionnement, les dynamiques économiques du « marché de la vertu »³ mènent à une multiplication des standards et des procédures qui nuit à la cohérence et à la crédibilité de l'ensemble du système. Dans notre ouvrage *Entreprises et droits humains. Les limites de la bonne volonté* (Hertz & Schulz, Seismo, 2020), nous détaillons les effets négatifs de cette multiplication, qui mène à ce que la Banque mondiale nomme « l'épuisement par l'audit » (« *audit fatigue* »). En revanche, l'ordonnance à juste titre s'aligne sur les règles européennes et internationales et évite en partie une duplication des procédures augmentant inconsidérément la charge administrative qui incombe aux entreprises. De ce point de vue, il apporte donc une certaine forme de rationalisation en la matière.
2. Par contre, en mettant le rendu de rapports au premier plan, l'ordonnance risque d'intensifier la bureaucratisation déjà décriée par les responsables des programmes de RSE au sein des entreprises. En effet, il n'incite pas les entreprises à prendre conscience des conditions réelles de travail et des effets environnementaux de leurs actions sur le terrain, puisqu'il n'est attendu d'elles que la production de documents. Qui plus est, les entreprises concernées seront tenues à de simples « devoirs d'effort et non de réussite »⁴, comme le dit pudiquement le Rapport

³ Voir à ce propos l'excellent livre de David Vogel, *The Market for Virtue (Le Marché de la vertu. Possibilités et limites de la responsabilité sociale des entreprises)*, publié en français chez Economica, 2008).

⁴ Il nous semble que cette terminologie reflète une mauvaise traduction de l'allemand de ce que le droit de la responsabilité civile nomme une « obligation de moyens et non de résultat », mais encore une fois, nous laissons cette question aux spécialistes.

d'accompagnement de l'ordonnance (p. 4). Du point de vue des professionnel*les, cette approche mène à une « mentalité de la conformité » (« *compliance mentality* ») consistant à « cocher la case », et empêche de réfléchir au fond des problèmes et à leurs solutions concrètes.

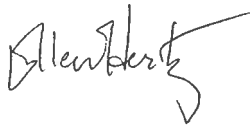
3. C'est précisément le sentiment de dépit face à cette « mentalité de la conformité » qui pousse les agents de la RSE à inventer et mettre en œuvre des « programme de renforcement des capacités » sur le terrain. Ces programmes, qui équivalent la plupart du temps à des actions de bienfaisance, leur permettent d'avoir le sentiment de servir à quelque chose dans leur travail. Or, aussi inspirants qu'ils soient, ils ne garantissent en rien la protection des droits humains ou de l'environnement dans les chaînes d'approvisionnement transnationales. Tout au plus permettent-ils à l'entreprise de parer à quelques critiques amenées par des ONGs et associations de victimes.
4. Une autre limite majeure des programmes volontaires réside dans la marginalisation des professionnel*les de la RSE au sein des entreprises. Intervenant dans la chaîne de commande après les spécialistes des questions financières, logistiques et fiscales, ces professionnel*les ne sont plus en mesure d'influer sur les décisions en matière de localisation, de choix de partenaires étrangers, ou encore moins sur des questions stratégiques touchant à l'entreprise dans son ensemble. A la place, ces professionnel*les attendraient que l'Etat fournisse des outils qui puissent leur servir de leviers pour se faire entendre auprès de leurs directions et pour renforcer l'importance des considérations éthiques et de respect des droits humains au sein de l'entreprise. Avec l'ordonnance dans sa forme actuelle, ils n'auront aucun levier supplémentaire : au contraire, ils risquent de se voir relégué*es encore plus loin des centres de pouvoir et de décision.
5. Enfin, l'inadéquation des mesures proposées par le contre-projet et l'ordonnance ne va certainement pas échapper aux ONGs et aux associations de victimes actives sur le terrain. On peut raisonnablement s'attendre à une multiplication des actions menées pour exposer les violations des droits humains et les dégâts environnementaux que causent les entreprises multinationales suisses : campagnes de « nommer et blâmer » (*name and blame*) sur les réseaux sociaux, boycotts, manifestations, pressions sur les investisseurs, etc. Dès lors, les entreprises qui font des efforts de bonne foi pour tenter de respecter leurs devoirs en matière de RSE seront prises comme cibles de la même manière que celles qui ne le font pas.

Ce dernier point à son importance pour le canton de Neuchâtel en particulier, un canton qui vit et prospère en large partie grâce à son intégration dans l'économie mondialisée. Neuchâtel a consolidé sa réputation de canton pionnier, producteur de richesse et d'innovations à haute valeur ajoutée. Un tel positionnement requiert une attention particulière à l'efficacité, mais aussi à la réputation des entreprises sises sur son territoire. Aujourd'hui, cette réputation passe par le respect des normes européennes et internationales en matière de droits humains et de protection de l'environnement. Les entreprises avec leurs sièges dans le canton ont fourni cet effort ; aujourd'hui cela risque d'avoir été en vain.

En somme, par son approche minimaliste et bureaucratique, le projet d'ordonnance mis en consultation n'aide pas les entreprises à connaître les risques réels de violations des droits humains ou de destruction environnementale dans leurs activités à l'étranger, ni à prendre les mesures substantives qui seraient nécessaires pour minimiser ces risques. Il ne fournit aucun accès à la justice

pour les éventuelles victimes de ces violations, ne clarifie pas les moyens de droit et place donc la Suisse dans une position défavorable par rapport aux pays voisins. Une telle approche nuit aux intérêts bien sentis de la Suisse en général et au canton de Neuchâtel en particulier.

Il va de soi que je reste à votre disposition pour compléter cette prise de position. Je vous en souhaite bonne lecture et je vous adresse, Madame, Monsieur, mes respectueuses salutations,



Professeure d'ethnologie, Université de Neuchâtel



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesrätin Karin Keller-Suter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 15. Juni 2021

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie uns eingeladen, zu den Ausführungen im erläuternden Bericht zum Erlass der Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit dazu bedanken wir uns und vernehmen uns wie folgt:

Der indirekte Gegenvorschlag enthält zwei Regelungsbereiche:

- erstens sieht er eine Berichterstattungspflicht über nichtfinanzielle Belange vor, und
- zweitens Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten in den Bereichen "Konfliktmineralien" und "Kinderarbeit".

Die Umsetzung dieser Regelungsbereiche hat zur Folge, dass der administrative Aufwand bei den von der Regelung betroffenen Unternehmen punktuell zunehmen wird. Allerdings sind die Regeln international und insbesondere mit der Regulierung in der EU abgestimmt. Damit sollen allfällige Wettbewerbsnachteile für die betroffenen Unternehmen möglichst vermieden werden. Dem Aufwand steht auch ein Nutzen gegenüber, der allerdings quantitativ nur schwer abschätzbar ist. Halten sich die Unternehmen an die neuen Bestimmungen, kann dies den Handel mit bzw. die Bearbeitung von Konfliktmineralien und das Risiko von Kinderarbeit in der Lieferkette reduzieren. Weiter kann das Risiko für eine Rufschädigung oder eine gesetzliche Haftung des Unternehmens verringert werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich grosse Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung im Ausland bereits aufgrund des ausländischen Rechts an ähnliche Vorgaben halten müssen. Wird das Unternehmen in einem gleichwertigen Bericht (im Ausland) einbezogen, muss im Anhang zur Jahresrechnung nur noch angegeben werden, bei welchem anderen Unternehmen es einbezogen wurde und es muss diesen Bericht veröffentlichen.

Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden ist mit der vorliegenden Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit einverstanden.

Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- ehra@bj.admin.ch



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 12. Juli 2021

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. April 2021 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns gern wie folgt:

Die vorliegende Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit wird begrüsst. Ihr Ziel, dass Schweizer Unternehmen die Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einhalten und damit nachhaltig handeln, ist von grosser Bedeutung. Zudem folgen die in der Verordnung vorgesehenen Offenlegungsvorschriften der Entwicklung, dass Nachhaltigkeit und nicht-finanzielle Faktoren eine immer grössere Rolle im Bewusstsein vieler Menschen einnehmen und damit auch auf Unternehmenseite zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ebenfalls positiv hervorzuheben ist, dass der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt (Konzernverantwortungsinitiative)» im Gegensatz zur Initiative auf einen Alleingang der Schweiz verzichtet und ein international koordiniertes Vorgehen plant. Dass für Unternehmen, welche die Vorschriften zur Transparenz und zur Berichterstattung über die Sorgfaltsprüfung missachten, eine Busse vorgesehen wird, ist zu begrüssen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

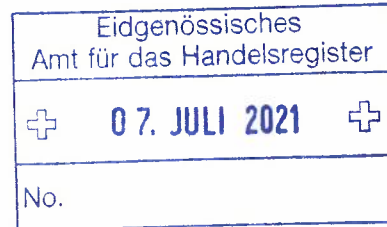

Marc Mächler
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär





Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
ehra@bj.admin.ch



Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

5. Juli 2021

Vernehmlassung zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD hat mit Schreiben vom 14. April 2021 die Kantone zur Vernehmlassung zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) eingeladen. Dazu nehmen wir gerne wie folgt Stellung.

Als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für verantwortungsvolle Unternehmen zum Schutz von Mensch und Umwelt" hat das eidgenössische Parlament im Obligationenrecht OR eine Ergänzung des Aktienrechts beschlossen. Dabei handelt es sich um die Berichterstattungspflicht über nichtfinanzielle Belange sowie die Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten in den Bereichen "Konfliktmineralien" und "Kinderarbeit".

In den Delegationsnormen zum Bereich der Konfliktmineralien und der Kinderarbeit wird der Bundesrat beauftragt Umsetzungsnormen zu erlassen. Mit der vorgeschlagenen Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) setzt der Bundesrat diesen Auftrag um.

Wir sind mit der vorgeschlagenen Verordnung einverstanden. Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine Anmerkungen. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die neuen Regelungen keine personellen Auswirkungen auf die Kantone haben. Der zusätzliche administrative Aufwand für die Unternehmen scheint uns vertretbar zu sein. Da die Regelungen mit der EU abgestimmt sind, sollte daraus kein Wettbewerbsnachteil für die Schweizer Wirtschaft erwachsen.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Susanne Schäffner
Frau Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
3003 Bern

Frauenfeld, 29. Juni 2021
404

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für eine Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTR). Nach Prüfung dieses Verordnungsentwurfs können wir Ihnen mitteilen, dass wir damit einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia
e polizia (DEGP)
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
ehra@bj.admin.ch

Procedura di consultazione – Ordinanza federale relativa agli obblighi di diligenza e trasparenza in relazione a minerali e metalli di zone di conflitto e al lavoro minorile (ODiT)

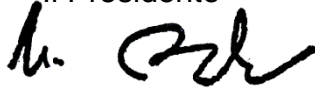
Gentili Signore,
egregi Signori,

vi ringraziamo per l'invito a prendere posizione in merito alla consultazione in oggetto.

A tale proposito vi informiamo che non abbiamo particolari osservazioni da formularvi sui contenuti della nuova ordinanza, che salutiamo favorevolmente.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Manuele Bertoli

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; decs-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; dfc-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch);
- Divisione dell'economia (dfc-de@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courrier électronique à :
ehra@bj.admin.ch
(une version Word et une version PDF)

Réf. : 21_COU_4992

Lausanne, le 14 juillet 2021

Consultation fédérale - Ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants (ODiTr)

Madame la Conseillère fédérale,

En date du 14 avril 2021, vous avez fait parvenir à la Chancellerie d'Etat le projet d'ordonnance citée en titre pour consultation, ce dont nous vous remercions.

Au mois de novembre 2020, le contre-projet indirect à l'initiative populaire « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement » adopté par l'Assemblée fédérale s'est imposé au détriment de l'initiative. Il s'agit maintenant de le mettre en œuvre par le biais d'une ordonnance qui fait l'objet de la présente consultation. En préambule, le Conseil d'Etat souhaite rappeler qu'une large majorité de la population vaudoise a adopté l'initiative (59.8%).

L'Ordonnance sur les devoirs de diligence et de transparence dans les domaines des minerais et métaux provenant de zones de conflit et du travail des enfants définit les devoirs de diligence attendus des entreprises concernées dans ces domaines et en précise le champ d'application en définissant notamment les seuils des volumes d'importation et de transformation des minerais et métaux à partir desquels les règles s'appliquent, les exceptions en fonction de la taille des entreprises et de la provenance des biens et services.

Le Conseil d'Etat peut entrer en matière sur ce projet d'ordonnance. Mais à ses yeux, ce texte comporte certaines lacunes de telle sorte qu'il devrait être revu, au risque de ne pouvoir pleinement atteindre le but du contre-projet, à savoir mettre en œuvre les devoirs de transparence et diligence raisonnable, avec un degré d'efficacité comparable à celui que recherche en particulier l'Union européenne.

C'est dans ce sens que le Conseil d'Etat souhaite attirer votre attention sur les éléments qui suivent et qui nécessitent, à notre sens, d'être revus ou précisés.

Art. 1, let. a et d ; définitions

1. Une définition du travail des enfants manque : cet élément central de la loi doit être défini dans l'ordonnance et ajouté à la liste des définitions, sur la base notamment des conventions pertinentes de l'OIT.
2. Dans le contexte de cette disposition, est-ce qu'une société de négoce basée en Suisse et participant à une filière d'achat / vente d'un produit ayant son origine dans une zone de conflit ou dans un pays dont on peut penser qu'il est probablement concerné par le travail des enfants sera automatiquement soumise à cette législation ? L'art. 964 quinquies du Code des obligations (CO ; RS 220) prévoit, en effet, que ces entreprises sont soumises à cette législation « lorsqu'elles mettent en libre circulation en Suisse ou traitent en Suisse des minerais ou des métaux » provenant de telles zones. Est-ce que le concept de « traitement » en Suisse doit être compris comme un processus de transformation physique ou comme le traitement commercial d'un produit dans une filière d'achat / vente (ne se concluant pas forcément par une importation en Suisse) ? Il s'avère donc nécessaire de préciser en quoi consiste la notion de « traitement ».
3. La notion de « responsabilité de minerais ou de métaux » prévue par l'art. 1 let. d ODiTr doit être définie. Que comprend le terme « responsabilité » dans un tel cadre ? Vise-t-on un concept de droit sur la marchandise (propriété et/ou possession directe ou indirecte) ou encore la maîtrise du processus logistique d'exportation et/ou d'importation du produit considéré ?
4. Le fait d'intervenir dans le transport du produit est considéré comme élément déterminant dans la définition de la chaîne d'approvisionnement. Comment se caractérise cette « intervention » ? S'agit-il de l'affrètement direct de moyens de transport auprès d'opérateurs locaux (tels que camions, wagons, barges) que ce soit directement ou indirectement via un opérateur international ? La reprise par cession ou le transfert par endossement des documents de transport (tels les connaissements maritimes) constitue-t-elle aussi une intervention dans la chaîne d'approvisionnement ?
5. Le concept de « chaîne d'approvisionnement », est défini de manière très large dans le rapport explicatif, au ch. 2.1 let. d, à savoir les « activités de l'entreprise et celles de tous les opérateurs économiques et acteurs qui possèdent ou sont propriétaires de minerais ou de métaux (.....) qui interviennent d'une quelconque manière dans le transport et la transformation des minerais depuis le site d'extraction jusqu'à leur incorporation dans le produit fini » (avec une application par analogie aux biens et services pour lesquels il existe un soupçon fondé de recours au travail des enfants). Il n'est ainsi pas uniquement question de propriété mais aussi de possession et l'intervention dans les modalités de transport semble très généralement considérée (i.e. « d'une quelconque manière »). Outre le fait de remédier à ce manque de précision, il conviendrait par ailleurs de s'assurer que la définition de « chaîne d'approvisionnement » soit en harmonie avec les définitions internationales de références, notamment celle appliquée par l'Union européenne dans sa récente résolution (2020).
5. Plus largement, il conviendrait de définir la notion de « biens ou de services » de l'art 1 let. d. ODiTr (art. 964 quinquies al. 2 CO). Par exemple, une banque participant au financement d'une telle opération d'achat / vente en filière et contribuant ainsi à ladite opération via une "offre de services" financiers sera-t-elle aussi soumise aux obligations prévues par ces dispositions, i.e. devoirs de diligence et obligation de faire rapport ? En outre, et dans le même cadre, est-ce que le fait d'être ayant-droit, sous un document de transport (p. ex. connaissement émis à ordre et endossé), peut avoir pour conséquence de soumettre ladite banque à ces dispositions et ce même si ce document ne lui a été remis qu'à titre de "sûreté" ?

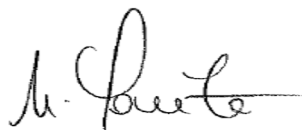
Art. 5 Exceptions pour les entreprises présentant de faibles risques

- Al. 1 : comme le relève à juste titre le rapport explicatif, une entreprise ne pouvant guère s'assurer que tous les pays intervenant dans une chaîne de production présentent de faibles risques en matière de travail des enfants « sans fournir un effort disproportionné », il convient de limiter l'examen au pays de production selon l'indication d'origine (*made in*). Cette précision est essentielle et devrait donc à notre sens figurer expressément dans le texte de l'ordonnance et non pas uniquement dans le rapport explicatif.
- Al. 2 : le risque devrait être réputé faible lorsqu'un pays obtient le niveau de qualification « *Basic* » ou « *Enhanced* » dans l'indice de l'UNICEF *Children's Rights in the Workplace Index*. Selon cet indice, il n'y a guère que la majorité des pays européens et quelques rares autres pays (Canada, Australie et Japon notamment) à obtenir le niveau « *Basic* ». On pourrait se demander si l'examen devrait plutôt se limiter aux pays de niveau « *Hightened* », pour se concentrer sur les cas où le risque est réellement élevé. La version actuelle du projet imposerait un examen lorsque les biens et services proviennent de pays comme les Etats-Unis ou certains pays de l'UE (Grèce et Roumanie), ce qui peut paraître disproportionné.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à nos remarques, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SG-DEIS



2021.02283

P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Bundehaus West
3003 Bern



Unsere Ref. DWTI - SPR
Ihre Ref. /

Datum 2. Juni 2021

Stellungnahme zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktzonen sowie Kinderarbeit (VSoTr)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie uns gebeten, zum titelerwähnten Entwurf Stellung zu nehmen.


Der Walliser Staatsrat hat den obenstehend genannten Verordnungsentwurf zur Kenntnis genommen und begrüsst insbesondere die Definition der Schwellenwerte für Unternehmen, welche einen Verdacht auf Kinderarbeit zu prüfen haben. Mit den festgelegten Werten wird sichergestellt, dass kleinere und mittlere Unternehmen von den besagten Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten ausgenommen sind.

In diesem Sinne stimmen wir dem Verordnungsentwurf zu und bedanken uns zugleich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Staatsrates

Der Präsident
Frédéric Favre



Der Staatskanzler
Philipp Spörri

Kopie an ehra@bi.admin.ch

Volkswirtschaftsdirektion, Postfach, 6301 Zug

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundesrätin Karin Keller-Suter
Bundeshaus West
3003 Bern

T direkt +41 41 728 55 01
silvia.thalmann@zg.ch
Zug, 1. Juli 2021 DICR
VD VDS 6 / 385 - 67580

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) – Stellungnahme Kanton Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie den Kanton Zug eingeladen, zur Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Volkswirtschaftsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt.

Antrag:

keiner

Bemerkung:

Nachdem die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» von der Stimmbevölkerung am 29. November 2020 knapp angenommen, aber am Ständemehr gescheitert ist, haben der Bundesrat und das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag beschlossen, der noch unter dem Vorbehalt eines Referendums steht. Dieser beauftragt den Bundesrat, Umsetzungsbestimmungen in den Bereichen Konfliktmineralien und Kinderarbeit zu erlassen.

Aufgrund des sehr knappen Volksentscheides und des damaligen Verweises auf den indirekten Gegenvorschlag samt Verordnung als Hauptargument des Bundesrats im Abstimmungskampf, ist nur schon aus direktdemokratischer Sicht die vorgeschlagene Umsetzung zu unterstützen.

In der Verordnung werden die Interessen der KMU mittels Schwellenwert der Unterstellung respektiert. In den Anwendungsbereich fallen Unternehmen, welche Mineralien oder Metalle, die Zinn, Tantal, Wolfram oder Gold enthalten, aus Konflikt- oder Hochrisikogebieten in die

Schweiz einführen oder in der Schweiz verarbeiten, oder die Produkte oder Dienstleistungen anbieten, für die ein begründeter Verdacht besteht, dass sie von Kindern hergestellt oder erbracht wurden. Der Verordnungsentwurf regelt namentlich die Einfuhr- und Bearbeitungsmengen für Mineralien und Metalle, bis zu denen ein Unternehmen von der Sorgfalts- und Berichterstattungspflicht befreit ist. Ferner enthält er Ausnahmen von den Sorgfalts- und Berichterstattungspflichten für KMU und für Unternehmen mit geringen Risiken im Bereich Kinderarbeit. Schliesslich regelt die Verordnung die einzelnen Sorgfaltspflichten näher und nennt die massgebenden international anerkannten Regelwerke. Im Zentrum der Massnahmen zur Sorgfaltspflicht steht ein obligatorisches Managementsystem, welches unter anderem die Lieferkettenpolitik und die Rückverfolgbarkeit der Lieferkette festlegt, wozu ein Risikomanagementplan zu erstellen ist. Das Einhalten der Sorgfaltspflichten bezüglich Mineralien und Metallen ist durch eine externe, unabhängige Fachperson zu prüfen.

Wir verzichten auf eine inhaltliche Stellungnahme zu den detaillierten Ausführungsbestimmungen betreffend Berichterstattung und Dokumentation der Pflichten und deren Einhaltung. Wir verweisen dazu auf die spezialisierten Fachstellen auf Bundesebene.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdirektion



Silvia Thalmann-Gut
Regierungsrätin

Zustellung per E-Mail an:

- ehra@bj.admin.ch (in Word- und PDF-Datei)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit (info.awa@zg.ch) (PDF)
- Direktionssekretariat der Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch) (PDF)
- Staatskanzlei zur Veröffentlichung auf der Homepage (info.staatskanzlei@zg.ch) (PDF)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

30. Juni 2021 (RRB Nr. 712/2021)

Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. April 2021 haben Sie uns die Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr) zur Stellungnahme unterbreitet. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Mit der VSoTr wird der indirekte Gegenvorschlag der eidgenössischen Räte zur Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» umgesetzt. Die Verordnung orientiert sich an den internationalen Regelwerken und vermeidet damit Wettbewerbsnachteile für die betroffenen Unternehmen. Im Weiteren umfasst die Verordnung zweckmässige Ausnahmeregelungen für kleine und mittlere Unternehmen. Gewissen Unternehmen wird aufgrund des indirekten Gegenvorschlags und der VSoTr Mehraufwand entstehen. Diesem Mehraufwand steht indessen ein gewichtiger Nutzen gegenüber: Halten sich die Unternehmen an die neuen Bestimmungen, kann dies den Handel mit bzw. die Bearbeitung von Konfliktmineralien und das Risiko von Kinderarbeit in der Lieferkette verringern. Weiter kann das Risiko für eine Rufschädigung oder eine gesetzliche Haftung des Unternehmens verringert werden.

Der vom Gesetzgeber angestrebte Zielzustand soll nicht über Verbote, sondern mittels eines kontinuierlichen Einwirkens von Sorgfaltspflichten und Erfüllungstransparenz auf das Spiel der Marktkräfte erreicht werden. Sanktionierende Instanz dieses Systems bilden Konsumentinnen und Konsumenten, Eigen- und Fremdkapitalgebende sowie die Akteure und Organisationen der Zivilgesellschaft. Wir begrüssen diesen nachhaltigen und zielführenden Ansatz.

Die Verordnung findet in pragmatischer und zweckdienlicher Weise ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen nachdrücklicher Betonung der Sorgfaltspflichten bei möglichst wenig Handelshemmnissen. Wir unterstützen deshalb den vorliegenden Verordnungsentwurf.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Der stv. Staatsschreiber:

Jacqueline Fehr

Dr. Peter Hösli

